

Niederschrift

der X/6. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 11. Mai 2021
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:22 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:23 - 18:28 Uhr während TOP 10 ö. T.
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Matthias Albers
Hans-Georg Bette
Markus Bette
Horst Broeske
Ulrich Cater
Dr. Thorsten Conze
Angela Degner
Michael Eiloff
Rudolf Ewers
Michael Franke
Hartmut Fust
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Alexander Gödeke
Hubertus Guntermann
Marco Guntermann
Hubertus Heuel
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Maik Ochsenfeld
Luca Putzu
Hannah Roßwinkel
Heinz-Josef Rötze
Roman Schauerte
Bernd Schrewe
Andreas Schulte
Günter Schütte
Dr. Matthias Schütte
Hubert Stratmann
Daniel Sztul
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs

ab 17:40 Uhr während TOP 4 ö. T.

ab 17:38 Uhr während TOP 3 ö. T.

Dietmar Weber
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtverwaltungsrat Andreas Plett
Stadtangestellter Mirko Piechaczek

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Dieter Eickelmann
Katja Lutter

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist. Er weist auf die in der Einladung dargestellten Hinweise zu Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus hin. Vor der Sitzung bestand die Möglichkeit eines freiwilligen Corona-Selbsttests.

Zum Totengedenken erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Am 19. April 2021 verstarb im Alter von 95 Jahren Herr Karl Kewes aus Schmallenberg. Herr Kewes begann 1969 als Stadtvertreter seine kommunalpolitische Tätigkeit. Über die Neugliederung hinaus übte er sein kommunalpolitisches Mandat sowohl in der Stadtvertretung als auch in verschiedenen Ausschüssen der Stadt Schmallenberg bis 1989 aus.

Die Stadt Schmallenberg ist dem Verstorbenen für seine engagierte Arbeit zu Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Tagesordnung der heutigen Sitzung führt Herr König aus, dass diese in der Einladung aufgeführt ist. Aufgrund der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss schlägt er vor, im öffentlichen Teil

TOP 11 Familienförderung durch Preisnachlässe beim Grundstückskauf
- Antrag der UWG-Ratsfraktion **X/196**

und

TOP 12 Einrichtung eines Kinderbonus für bauwillige Familien mit Kindern
- Antrag der BFS-Ratsfraktion **X/205**

als einen Tagesordnungspunkt zusammenzufassen und zusammen zu beraten und über den umfassenderen Antrag der BFS-Fraktion zu entscheiden.

Bedenken gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben.

Herr Winkelmann beantragt für die CDU-Fraktion, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um

**TOP 17 Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion für die von den Schließungsverfügungen betroffenen Schmallerberger Betriebe
- Antrag der CDU-Ratsfraktion**

zu ergänzen.

Herr Meyer erklärt, er würde der Ergänzung unter der Voraussetzung zustimmen, dass heute über den Antrag noch nicht beschlossen wird.

Herr Winkelmann führt aus, dass diese Frage dann gleich unter dem Tagesordnungspunkt beraten werden könne. Es wäre auch denkbar, dass die Eckpunkte heute beraten würden und die Verwaltung mit der weiteren Ausarbeitung beauftragt würde. Final könnten den Punkt dann die Fraktionsvorsitzenden in einem interfraktionellen Gespräch besprechen.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Einwohnerfragestunde	
2. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Dorlar - Lagerplatzerweiterung Betonwerk Pieper Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in (betriebsgebundene) "Gewerbliche Baufläche" (im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 172 "Betonwerk Pieper") - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	X/199
3. Bebauungsplan Nr. 172 "Betonwerk Pieper", Ortsteil Dorlar (Aufstellung im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 40. FNP-Änderung) - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	X/200
4. Antrag auf Erweiterung der Bodendeponie "In der Robecke"	X/132
5. Ergänzungen zum Bauprogramm Wasserversorgung 2021 - Unvorhergesehene Maßnahmen zur Wasserversorgung	X/190
6. Wiederwahl des Technischen Beigeordneten und Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters	X/192
7. Neuwahl einer Schiedsperson und einer stellvertretenden Schieds- person für den Schiedsbezirk Schmallerberg	X/193
8. Abtransport von Schadholz aus den Wäldern in NRW - Petition an die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wegen der Bitte um Finanzhilfe für die Wiederinstandsetzung der land- und forstwirtschaftlichen Wege	X/209
9. Anträge gem. § 24 GO NRW des SGV Schmallerberg e. V. und der Schenk Architekten	X/203

10.	Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gastronomiebetriebe aufgrund der Corona-Krise - Antrag der BFS-Ratsfraktion	X/194
11.	Familienförderung durch Preisnachlässe beim Grundstückskauf - Antrag der UWG-Ratsfraktion	X/196
	Einrichtung eines Kinderbonus für bauwillige Familien mit Kindern - Antrag der BFS-Ratsfraktion	X/205
12.	ÖPNV - Spätverbindungen zu den Bahnhöfen / Projekt LEADER - Antrag Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	X/183
13.	Grundsatzentscheidung zur sukzessiven Umstellung des städtischen Fuhrparks auf alternative Antriebe zur Vermeidung von lokalen CO2-Emissionen - Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion	X/206
14.	Grundsatzentscheidung zur Wärmeerzeugung bei Sanierung von Gebäuden der Stadt Schmallingenberg - Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion	X/207
15.	Anpassung der Gestaltungssatzungen - Änderungsantrag der B'90/Die Grünen-Fraktion vom 26.04.2021 zum Antrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2021	X/208
16.	Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand	X/202
17.	Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion für die von den Schließungsverfügungen betroffenen Schmallingenberger Betriebe - Antrag der CDU-Ratsfraktion	
18.	Verschiedenes	

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1.	Umstellung der Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED-Technik - Auftrag zum Austausch von Leuchtenköpfen	X/181
2.	Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Zum Parmberg" im Stadtteil Dorlar	X/188
3.	Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

Konkreter rechtlicher Inhalt des gem. § 30 Abs. 1 BauGB qualifizierten Bebauungsplanes ist die Ausweisung eines (betriebsgebundenen) "Gewerbe-" oder - erforderlichenfalls - "Industriegebiets"-Bereichs.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 172 wird im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur räumlich deckungsgleichen 40. Änderung des Flächennutzungsplanes betrieben.

TOP 4 Antrag auf Erweiterung der Bodendeponie "In der Robecke" X/132

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Weber kann sich dem grundsätzlich anschließen. Er gibt zu bedenken, dass 280.000 m³ in den nächsten 20 bis 25 Jahren dort anzukippen seien. Bei einem Preis von zurzeit 9,50 €/m³ erziele die Deponiebetreiberin Einnahmen in Höhe von 2,7 Mio. €. Er sei der Ansicht, dass die Stadt auch davon profitieren müsse und Ausgleichsmaßnahmen zielgerichtet in Bad Fredeburg stattfinden müssen.

Herr König berichtet, dass die Fragen Erweiterung der Deponie und Pachtvertrag im Haupt- und Finanzausschuss getrennt beraten worden seien. Der Ausschuss habe die Verwaltung beauftragt, wegen des Pacht- und Gestattungsvertrages weiter mit der Deponiebetreiberin zu verhandeln.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt zum Zwecke der Erweiterung der Bodendeponie "In der Robecke" die erforderlichen städtischen Grundstücksflächen auf der Grundlage einer entsprechenden Plangenehmigung zur Verfügung zu stellen. Vertraglich ist mit der Deponiebetreiberin sicherzustellen, dass den in der Vorlage beschriebenen Voraussetzungen und städtischen Belangen Rechnung getragen wird.

TOP 5 Ergänzungen zum Bauprogramm Wasserversorgung 2021 X/190 **- Unvorhergesehene Maßnahmen zur Wasserversorgung**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die Planungen in Höhe von 107.500,00 € (netto) zur Kenntnis und stimmt den überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 47.500,00 € zu.

TOP 6 Wiederwahl des Technischen Beigeordneten und Bestellung eines X/192 **allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters**

Zu diesem Punkt verlässt Herr Dicke den Sitzungssaal.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr König teilt mit, dass Herr Wiese für die UWG-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss für die heutige Sitzung eine geheime Wahl beantragt habe. Herr Wiese hält daran fest.

Zum Verfahren erläutert Herr König, dass zunächst eine geheime Wahl zur Frage der Wiederwahl von Herrn Andreas Dicke zum Technischen Beigeordneten über den in der Vorlage unter 1. aufgeführten Beschlussvorschlag stattfinde. Sodann werde er die Beschlussvorschläge unter 2. und 3. zur Abstimmung stellen.

Herr König weist darauf hin, dass die Stimmzettel vorbereitete Abstimmungsfelder für Ja und Nein enthalten. Stimmenthaltung werde erklärt, wenn ein Stimmzettel leer abgegeben werde, der Stimmzettel die Erklärung "Enthaltung" oder "Stimmenthaltung" enthalte oder kein Stimmzettel abgegeben werde. Ungültig sei ein Stimmzettel dann, wenn mehrere Abstimmungsmöglichkeiten gekennzeichnet seien oder wenn der Stimmzettel andere Bemerkungen als "Enthaltung" oder "Stimmenthaltung" enthalte.

Als Stimmenzähler werden Frau Degner, Frau Ochsenfeld und Herr Dr. Schütte bestellt. Frau Degner hat sich vor dem Abstimmvorgang davon überzeugt, dass die Wahlurne leer ist.

Sodann erfolgt der Wahlgang.

Nach Auszählung der Stimmen trägt Bürgermeister König folgendes von den Stimmenzählern festgestellte Abstimmergebnis vor:

Stimmberechtigt insgesamt:	37
Abgegebene Stimmen:	37
Stimmenthaltungen:	3
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	4

Damit hat die Stadtvertretung Herrn Beigeordneten Andreas Dicke gem. § 71 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 15 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg zum Technischen Beigeordneten wiedergewählt und beschlossen, ihn vorbehaltlich der Bestätigung der Wahl durch die Kommunalaufsichtsbehörde mit Wirkung vom 01.10.2021 für die Dauer von 8 Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit zu berufen und zum Beigeordneten der Stadt Schmallenberg zu ernennen.

Die Stadtvertretung fasst anschließend jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

Herr Dicke wird mit Wirkung vom 01.10.2021 weiterhin in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 LBesO eingewiesen.

Gleichzeitig wird Herr Dicke als Technischer Beigeordneter gem. § 68 Abs. 1 Satz 1 GO NRW weiterhin zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellt.

Nachdem Herr Dicke den Sitzungssaal wieder betreten hat, informiert Herr König ihn über die Wiederwahl zum Technischen Beigeordneten, gratuliert ihm und fragt ihn, ob er die Wahl annimmt.

Herr Dicke erklärt, dass er die Wahl annimmt und bedankt sich für die Wiederwahl und die Unterstützung. Er führt aus, dass Bauingenieur und Technischer Beigeordneter der schönste Beruf sei, erst recht, wenn er ihn im Heimatort Schmallenberg ausüben könne.

TOP 7 Neuwahl einer Schiedsperson und einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Schmallingenberg X/193

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Bei einer Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung Schmallingenberg wählt Herrn Rolf Schneider für die Amtszeit von 5 Jahren zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Schmallingenberg.

Die Stadtvertretung Schmallingenberg wählt Herrn Rick Schultrich für die Amtszeit von 5 Jahren zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Schmallingenberg.

**TOP 8 Abtransport von Schadholz aus den Wäldern in NRW
- Petition an die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wegen
der Bitte um Finanzhilfe für die Wiederinstandsetzung der land- und
forstwirtschaftlichen Wege X/209**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn König kurz erläutert.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Rat der Stadt Schmallingenberg schließt sich der Resolution der Stadt Meschede an und fordert die Landesregierung NRW auf, ein Förderprogramm zur anschließenden Wiederinstandsetzung der land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswege aufzulegen.

**TOP 9 Anträge gem. § 24 GO NRW des SGV Schmallingenberg e. V. und der
Schenk Architekten X/203**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage, der die Anträge als Anlage beigelegt sind, dargestellt.

Herr König berichtet, dass die Verwaltung die Zeit zwischen Eingang der Anträge und der heutigen Sitzung genutzt habe, mit Herrn Schenk in einem Gespräch zu erörtern, ob das Verfahren über § 24 GO NRW der richtige Weg sei. In dem Gespräch sei man soweit gekommen, dass die Anträge 3 und 4 herausgelöst werden. Die Errichtung eines Gipfelkreuzes auf dem Ahberg sei erledigt, da das Grundstück nicht der Stadt Schmallingenberg gehöre, sondern im Eigentum eines Dritten stehe. Hinsichtlich der Anlegung eines Blühstreifens am Fußweg "Unter der Stadtmauer" sei dem SGV Schmallingenberg e. V. die Erlaubnis erteilt worden, entlang des Gehweges auf der städtischen Fläche einen Blühstreifen anzulegen sowie ein kleiner Förderbetrag angekündigt worden. Zu dem Antrag 2 mit der Bewerbung des SGV Schmallingenberg e. V. um das Ehrenamt des Ortsheimatpflegers für die Kernstadt Schmallingenberg sei inzwischen geklärt, dass dieses Amt nicht durch einen Verein ausgeübt werden könne, sondern mit einer persönlichen Berufung verbunden sei. Nach Mitteilung an Herrn Schenk habe dieser den Antrag abgeändert und sich selbst als Ortsheimatpfleger vorgeschlagen. Die Verwaltung werde diesen Vorschlag mit evtl. weiteren zur Tagesordnung der nächsten Sitzungen von Bezirksausschuss Schmallingenberg, Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur sowie Stadtvertretung stellen.

Herr König führt weiter aus, dass hinsichtlich des Antrages 1 auf Ausnahme und Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplans "Altes Feld II" gemäß § 31 BauGB die Verwaltung

das Gespräch suchen werde und deshalb sei der Vorschlag, diesen Antrag zur Prüfung und Entscheidung an die Verwaltung weiterzuleiten. Gleiches gelte für Antrag 5 auf Errichtung einer neuen Huckelberg-Fußgängerbrücke und Sicherstellung der Zuwegung. Auch hierzu habe die Verwaltung das Gespräch gesucht und werde bei Weiterleitung des Antrags an die Verwaltung prüfen, ob dies realisierbar sei.

Herr Weber moniert, dass die Verwaltung bei dem in der Vorlage dargestellten Hinweis, dass gem. § 41 Abs. 3 GO NRW Angelegenheiten der laufenden Verwaltung als auf den Bürgermeister übertragen gelten, unterschlage, dass der Rat sich diese Aufgabenübertragung wieder zurückholen könne. Und das werde er hiermit beantragen. Zu Antrag 1 sei er der Meinung, dass dieser im politischen Raum diskutiert werden müsse. Das gleiche gelte auch für Antrag 5. Das seien keine Geschäfte der laufenden Verwaltung. Deshalb beantrage er, diese Anträge zur Diskussion in die Ausschüsse zu leiten.

Herr König legt dar, dass er kein Problem damit habe, diese Anträge an die zuständigen Ausschüsse zu leiten.

Herr Hans-Georg Bette als Vorsitzender des Bezirksausschusses Schmallenberg spricht sich vor einer Beratung im Ausschuss dafür aus, dass die Verwaltung die Angelegenheiten aufarbeite, damit der Ausschuss eine vernünftige Diskussionsgrundlage habe.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Anträge

Antrag 1 Antrag Schenk-Architekten auf Ausnahme und Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplans "Altes Feld II" gemäß § 31 BauGB

und

Antrag 5 Antrag des SGV Schmallenberg e. V. auf Errichtung einer neuen Huckelberg-Fußgängerbrücke, hier: Sicherstellung der Zuwegung:

inhaltlich aufzuarbeiten und in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

**TOP 10 Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gastronomiebetriebe
aufgrund der Corona-Krise
- Antrag der BFS-Ratsfraktion**

X/194

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Ewers erläutert kurz den Antrag der BFS-Fraktion.

Herr Weber erklärt, dass die UWG-Fraktion dem Antrag der BFS-Fraktion folgen werde und nicht dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Winkelmann legt dar, dass nur wenige Gastronomiebetriebe, z. B. am Schützenplatz in Schmallenberg und in Bad Fredeburg von den Sondernutzungsgebühren betroffen seien. Er habe den Eindruck, dass diese Betriebe von Besuchern trotz der Corona-Einschränkungen gut angenommen werden. Die CDU-Fraktion werde den Antrag der BFS-Fraktion weiter ablehnen.

Herr Wiese führt aus, dass der Antrag der BFS-Fraktion klar limitiert sei und nur jetzt könne man den Gastronomiebetrieben helfen. Aberwitzig finde er, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag auf Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion über Mittel in Höhe von 250.000 € entscheiden möchte, aber den Antrag der BFS-Fraktion, der nur ein paar Hundert Euro ausmache, vor die Wand laufen lasse.

Herr Vollmer erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag der BFS-Fraktion unterstützen werde. Der Antrag sei sauber und fördere an der richtigen Stelle. Im Vergleich zu den von der CDU-Fraktion beantragten 250.000 € gehe es bei dem Antrag der BFS-Fraktion um "Peanuts".

Herr Cater stellt dar, dass sich der Antrag der BFS-Fraktion nicht nur auf Eisdielen beziehe. Er finde, der Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion sei dagegen ein "Verwaltungsmonster". Er spricht sich dafür aus, sich fraktionsübergreifend zusammenzusetzen und gemeinsam zu überlegen, wie man am besten unterstützen könne.

Frau Roßwinkel führt aus, dass sie den Antrag der BFS-Fraktion richtig finde. Auch die B'90/Die Grünen-Fraktion wünsche sich, dass es über die Fraktionsgrenzen hinaus eine Zusammenarbeit gebe, auch um Kulturbetriebe und Gastronomie zu fördern und um z. B. über die Gründung eines Fonds weitere Begünstigte zu finden.

Herr Vollmer ist der Meinung, dass jetzt nicht über den Antrag der der CDU-Fraktion diskutiert werden sollte, sondern unter diesem Tagesordnungspunkt über den Antrag der BFS-Fraktion. Die Vorwürfe müsse sich die CDU-Fraktion schon gefallen lassen. Die Ablehnung des Antrags der BFS-Fraktion durch die CDU-Fraktion halte er für keinen guten Stil. Das gelte auch für den Antrag der SPD-Fraktion auf Resolution zum Landeswassergesetz. Er fragt, warum der Rat nicht ein einheitliches Bild abgeben könne und gemeinschaftlich ein Zeichen setzen könne. Er vermisse eine Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinaus.

Herr Wiese spricht sich dafür aus, nicht über den Antrag der BFS-Fraktion abzustimmen, sondern in den Tagesordnungspunkt mit dem CDU-Antrag einfließen zu lassen und gemeinsam zu überlegen, wie eine Unterstützung aussehen könnte.

Herr Ewers bemerkt, dass die BFS-Fraktion ihren Antrag gerne gemeinsam mit dem CDU-Fraktionsantrag diskutieren würde.

Auf Antrag von Herrn Winkelmann wird die Sitzung an dieser Stelle von 18:23 bis 18:28 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Herr Winkelmann, dass die CDU-Fraktion schon sehr über den Vorwurf erstaunt sei, die CDU würde keinen Antrag mit den anderen Fraktionen abstimmen. Auf der heutigen Tagesordnung stehe eine Reihe von Anträgen anderer Fraktionen, von denen keiner mit der CDU-Fraktion abgestimmt worden sei. Der Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion sei mit verschiedenen Rahmenbedingungen ausgestattet. Er formuliert den Vorschlag, gemeinsam eine außerordentliche Ratssitzung durchzuführen.

Herr Wiese stellt die Überlegungen der UWG-Fraktion dar, als andere Möglichkeit innerhalb von 14 Tagen ein interfraktionelles Gespräch durchzuführen, um darin Einigkeit über die Vorgehensweise zu erzielen. Anschließend könne die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten, über die der Rat am 01.07.2021 entscheiden könne, damit dann sofort mit der Unterstützung gestartet werden könne. Des weiteren sei die UWG-Fraktion der Meinung, die Einlösbarkeit der Gutscheine aus dem Antrag der CDU-Fraktion bis auf den 31.12.2021 auszuweiten, um das Weihnachtsgeschäft mit einzubeziehen.

Herr Weber gibt den Hinweis an die CDU-Fraktion, dass er den Bürokratieaufwand für zu hoch halte. Da solle man bei der weiteren Beratung ein Auge drauf haben.

Herr Ewers schließt sich für die BFS-Fraktion den Ausführungen von Herrn Wiese an und spricht sich ebenfalls für ein interfraktionelles Gespräch aus. Eine zusätzliche Ratssitzung halte er nicht für sinnvoll.

Herr König regt an, wenn ein interfraktionelles Gespräch Konsens wäre, könne man in dem Rahmen auch besprechen, ob eine zusätzliche Ratssitzung stattfinden soll.

Herr Winkelmann erklärt, dass sich die CDU-Fraktion dem Vorschlag eines interfraktionellen Gespräches anschließe.

Herr Vollmer legt dar, dass er ein interfraktionelles Gespräch in Ordnung finde, um darin die Eckpunkte abzustecken. Bis dahin sei Zeit vorhanden, um innerhalb der Fraktionen die Meinungsbildung abzustimmen. Er möchte sich auf jeden Fall die Rückendeckung seiner Fraktion holen. Er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Wiese an, innerhalb von 14 Tagen ein interfraktionelles Gespräch zu vereinbaren, auf eine zusätzliche Ratssitzung zu verzichten und in der regulären Ratssitzung am 01.07.2021 einen Beschluss zu fassen.

Herr König fasst die heutige Meinungsbildung dahingehend zusammen, dass der Antrag der BFS-Fraktion auf Mieterlass bei stadteigenen gastronomisch genutzten Flächen im Außenbereich für Gastronomiebetriebe zurückgestellt wird. Einwände werden nicht erhoben.

Herr König weist darauf hin, dass er innerhalb von 14 Tagen zu einem interfraktionellen Gespräch einladen werde, um in diesem Rahmen das weitere Vorgehen abzustimmen.

- | | | |
|---------------|--|--------------|
| TOP 11 | Familienförderung durch Preisnachlässe beim Grundstückskauf | |
| | - Antrag der UWG-Ratsfraktion | X/196 |
| | Einrichtung eines Kinderbonus für bauwillige Familien mit Kindern | |
| | - Antrag der BFS-Ratsfraktion | X/205 |

Wie zu Beginn der Sitzung beschlossen, werden die Anträge der UWG-Fraktion und der BFS-Fraktion als ein Tagesordnungspunkt zusammengefasst und gemeinsam beraten.

Sachverhalt und Begründung sind in den Vorlagen dargestellt. Beide Anträge waren bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Weber stellt dar, dass die UWG-Fraktion der Ansicht sei, dass mehr für Familien getan werden müsse, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Baupreise durch die Decke gehen.

Herr König weist darauf hin, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nur über den Antrag der BFS-Fraktion abgestimmt worden sei.

Das könne man heute wieder so machen, stimmt Herr Wiese zu.

Herr König stellt sodann den Antrag der BFS-Fraktion auf Einrichtung eines Kinderbonus für bauwillige Familien mit Kindern zur Abstimmung.

Bei 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung lehnt die Stadtvertretung den Antrag der BFS-Ratsfraktion, einen Kinderbonus für bauwillige Familien mit Kindern in Höhe von 3.000 € je Kind und maximal 9.000 € je Familie als einmaligen Zuschuss für die eigen genutzte Immobilie zu erlassen, mit 22 Gegenstimmen mehrheitlich ab.

TOP 12**ÖPNV - Spätverbindungen zu den Bahnhöfen / Projekt LEADER
- Antrag Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen****X/183**

Der Fraktionsantrag ist der Vorlage beigelegt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag wird in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit für das weitere Beratungsverfahren inhaltlich aufzuarbeiten.

TOP 13**Grundsatzentscheidung zur sukzessiven Umstellung des städtischen
Fuhrparks auf alternative Antriebe zur Vermeidung von lokalen CO2-
Emissionen
- Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion****X/206**

Der Fraktionsantrag ist der Vorlage beigelegt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag wird in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an den Energie- und Klimabeirat verwiesen. Der Energie- und Klimabeirat möge eine Empfehlung zum weiteren Verfahren geben.

TOP 14**Grundsatzentscheidung zur Wärmeerzeugung bei Sanierung von
Gebäuden der Stadt Schmallenberg
- Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion****X/207**

Der Fraktionsantrag ist der Vorlage beigelegt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag wird in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an den Energie- und Klimabeirat verwiesen. Der Energie- und Klimabeirat möge eine Empfehlung zum weiteren Verfahren geben.

TOP 15**Anpassung der Gestaltungssatzungen
- Änderungsantrag der B'90/Die Grünen-Fraktion vom 26.04.2021 zum
Antrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2021****X/208**

Der Fraktionsantrag ist der Vorlage beigelegt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag wird in die Fraktionen und die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit für das weitere Beratungsverfahren inhaltlich aufzuarbeiten.

TOP 16 Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand

X/202

Der aktuelle Sachstand der Fraktionsanträge ist in der Vorlage aufgeführt.

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

TOP 17 Durchführung einer Corona-Gutscheinaktion für die von den
Schließungsverfügungen betroffenen Schmallenberger Betriebe
- Antrag der CDU-Ratsfraktion

Herr Winkelmann begründet den als Anlage beigefügten Antrag der CDU-Ratsfraktion und stellt die Rahmenbedingungen dar. Er erklärt, dass jeder Bürger und viele Betriebe von der Corona-Krise betroffen seien. Die Situation habe sich in diesem Jahr noch einmal verschärft. Die CDU-Fraktion sei sich bewusst, dass sie mit dem Antrag vom üblichen Verfahren, dass die Stadt Schmallenberg keine Landes-/Bundesmittel aufstocke, abweiche. Jedoch wolle man versuchen, die Kaufkraft in Schmallenberg zu stärken und die Betriebe am Leben halten. Der Gedanke sei gewesen, einen städtischen Zuschuss zu geben. Denkbar seien zwei Alternativen: Entweder werden Gutscheine z. B. mit Gegenwert von 25 € zu 20 € verkauft und der Geschäftsinhaber rechne die Gutscheine mit der Stadt ab oder Bonus-/Berechtigungskarten können beim Einkauf berücksichtigt werden, z. B. werden bei einem Einkauf für 25 € dann 20 € bezahlt und 5 € rechne das Geschäft mit der Stadt ab. Der CDU-Fraktion sei bewusst, dass das Geld koste und Aufwand bedürfe. Wenn man ehrlich sei, werde kein Vollabruf der Mittel stattfinden, so dass die Mittel von 250.000 € nicht zu 100 % in die Gutscheine gehen und so ein Teil davon für den Aufwand verwendet werden könne. Die CDU-Fraktion sehe das als einmalige Maßnahme an. Der Haushalt und das gute Ergebnis aus dem letzten Jahr lassen das zu. Die Aktion solle befristet sein. Eine Ausweitung auf den 31.12.2021 könne die CDU-Fraktion mittragen, um das Weihnachtsgeschäft mitzunehmen. Er erwähnt weiter, dass andere Kommunen für das Ende ihrer Aktionen z. B. den 31.07.2021 gewählt haben. In Schmallenberg solle die Corona-Gutscheinaktion auf eine breite Masse treffen, auch Kultur- und Gastronomiebetriebe können einbezogen werden. Er glaube, in der Breite käme das an und die Vorteile überwiegen. Wichtig sei, Leerstände zu vermeiden. Zur Umsetzung seien die Überlegungen dahin gegangen, das Ganze ähnlich wie die Familienkarte abzuwickeln und die Gutscheine mit einem Barcode zu versehen.

Herr Meyer führt aus, dass die B'90/Die Grünen-Fraktion vor genau einem Jahr zur Wirtschaftsförderung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie mit "Kauf-Vor-Ort-Gutscheinen" einen Antrag gestellt habe und zur Abwicklung auch die Familienkarte nutzen wollte. Die B'90/Die Grünen-Fraktion fühle sich geehrt, dass die CDU-Fraktion jetzt das Anliegen der Grünen gut finde und übernehme. Herr Meyer erinnert an die damals vorgetragenen Bedenken gegen den Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion und zitiert aus der Sitzungsniederschrift der Stadtvertretung vom 25.06.2020. Ergebnis der damaligen Beratung sei gewesen, dass der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion bei 2 Ja-Stimmen der B'90/Die Grünen-Fraktion mit den Gegenstimmen der übrigen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt worden sei. Herr Meyer führt weiter aus, dass seine Fraktion bei dem jetzigen Antrag der CDU-Fraktion zur Zusammenarbeit bereit sei. Er fände es gut, wenn heute ein gemeinsames Interesse zustande kommen könnte.

Herr Schauerte findet Unterstützung und Hilfe grundsätzlich sinnvoll. Den genannten Zeitraum halte er jedoch für zu spät und der Antrag fördere soziale Ungerechtigkeit, weil ein Gutschein eine Eigenleistung von 20 € fordere. Daher sehe er Bedarf, nachzujustieren. Als neues

Ratsmitglied habe er erst jetzt erfahren, dass die B'90/Die Grünen-Fraktion im letzten Jahr einen ähnlichen Antrag gestellt habe. Der damalige Zeitpunkt wäre besser gewesen. Er schlägt vor, den damaligen Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion als Diskussionsgrundlage mit in das interfraktionelle Gespräch zu nehmen.

Herr Wiese gibt zu bedenken, dass man im letzten Jahr nichts von der zweiten und dritten Infektionswelle geahnt habe. Er greift die von Herrn Schauerte angesprochene soziale Frage auf. Die UWG-Fraktion habe sich Gedanken gemacht, wie die Gutscheine bei schwierigen Familien ankommen. Er fragt, ob daran gedacht sei, die Gutscheine zuzusenden.

Herr Winkelmann erklärt, dass die Idee gewesen sei, die Gutscheine zu versenden.

Herr Cater führt aus, dass sich die Frage stelle, welchen Betrieben man helfen wolle.

Herr Marco Guntermann erläutert, dass es nicht darum gehe, 5 € zu verschenken, sondern zusätzlich Kaufkraft zu generieren, d. h. eine Person zahle 20 € und erhalte einen Gutschein von 25 €, wovon dann 5 € von der Stadt gesponsert werden. Hinsichtlich der Betriebe habe man an alle Betriebe gedacht, die von den Schließungen betroffen seien.

Herr Vollmer erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag für sozial unausgewogen halte. Gründe seien, dass viele Beschäftigte in Kurzarbeit seien oder angesichts des Mindestlohns wenig Einkommen zur Verfügung haben. Er ist der Meinung, dass die Gutscheinaktion so sozial sein müsse, dass es auch die Ärmsten treffe. Das sehe er aber nicht. Deshalb sei der Antrag kritisch zu sehen. Vielen Leuten gehe es finanziell nicht gut. Daher sei die Frage, wie man das Geld an die Leute bekomme, die es gebrauchen können. Die SPD-Fraktion habe deshalb Probleme, den Antrag mitzutragen.

Herr Wiese stellt dar, dass sich die Frage stelle, wie man Gerechtigkeit hinbekomme.

Herr Weber spricht sich dafür aus, das Einlösen der Gutscheine bis 31.12.2021 zu verlängern. Er erklärt weiter, dass er Arbeit auf die Verwaltung zukommen sehe. Und man müsse sich Gedanken machen, wer der Begünstigtenkreis sein solle. Er sehe die Verwaltung gefordert, viele Informationen zu liefern.

Herr Winkelmann erklärt, dass der Begünstigtenkreis durch die Lockdown-Regeln konkretisiert sei. Die Verwaltung können eine Liste der beteiligten Betriebe führen und im Internet bereitstellen. Zum angesprochenen Aspekt "sozial unausgewogen" führt er aus, dass dies schwierig sei zu berücksichtigen, da die Gutscheine ja je Einwohner verteilt werden sollen. Dabei bekomme eine Familie mit mehreren Kindern auch mehrere Gutscheine. Schwierig zu beantworten sei die Frage, wie man einen Verteilschlüssel steuern wolle und wie das verwaltungstechnisch abgewickelt werden soll. Deshalb wolle die CDU-Fraktion an dem pragmatischen Vorschlag festhalten.

Herr Ewers gibt zu bedenken, dass größere Familien erst einen größeren Betrag vorstrecken müssten, um an die Gutscheine zu kommen. Er spricht sich dafür aus, im interfraktionellen Gespräch zu klären, wie man das Ganze sozial ausgewogen hinbekomme.

Herr Marco Guntermann berichtet, dass die Idee sei, dass jeder Person ein Gutschein von 25 € zustehe. Diesen gebe die Person beim Einkauf im Geschäft ab und zahle 20 €. 5 € hole sich das Geschäft dann bei der Stadt wieder. Es solle bewusst eine kleine Stückelung gewählt werden, um die Anforderungen für die Berechtigten überschaubar zu halten.

Herr Schauerte möchte wissen, wie viele Haushalte es in Schmallenberg gibt. Denkbar wäre auch der Vorschlag, dass eine Familie mit Kind 50 € erhalte und eine Familie ohne Kinder 25 € und man so zwei Arten von Gutscheinen hätte.

Herr von Weichs spricht den Ablauf der Beratung an. Der Antrag der BFS-Fraktion auf Mieterlass bei stadteigenen gastronomisch genutzten Flächen im Außenbereich für Gastronomiebetriebe sei ruhend gestellt worden. Als nächstes werde ein interfraktionelles Gespräch stattfinden, danach eine Ratssitzung. Deshalb verstehe er die heutige Detaildebatte nicht und er bittet, den Tagesordnungspunkt zu beenden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 18 Verschiedenes

TOP 18.1 Radwegenetz

Herr Ewers erinnert daran, dass die BFS im Rahmen der Haushaltsplanberatungen den Antrag gestellt habe, Mittel von 40.000 € für die Ausarbeitung eines flächendeckenden Radwegenetzes für das gesamte Stadtgebiet durch ein Planungsbüro bereitzustellen. Beschlossen worden sei dann, das Thema Radwegenetz in das Stadtentwicklungskonzept 2021 mit aufzunehmen. Aktuell habe er in der Zeitschrift "Städte- und Gemeinderat" gelesen, dass es Fördermittel von bis zu 95 % für den Ausbau eines Radwegenetz gebe. Die Städte Winterberg und Meschede gehen dabei voran. Angesichts der Höhe der Fördermittel von Bund und Land müsse auch die Stadt Schmallenberg jetzt powern. Es werde Zeit, damit auch Schmallenberg etwas vom Kuchen abbekomme.

Herr Dicke teilt mit, dass die Verwaltung einen Förderantrag für den Bau eines Radweges von Fleckenberg gestellt habe. Aktuell möchte auch der Hochsauerlandkreis ein Radwegekonzept erstellen und damit ein Büro beauftragen. Er halte es für sinnvoll, wenn sich auch die Stadt Schmallenberg dem anschließe und evtl. das gleiche Büro für ein Konzept in Schmallenberg beauftrage.

Herr König ergänzt, dass der erste Förderbescheid aus dem Programm vorliege und die Verwaltung dabei sei, weitere Förderanträge zu stellen.

Es entwickelt sich eine kurze Diskussion, in der die Forderungen nach einem flächendeckenden Radwegenetz für das gesamte Stadtgebiet bekräftigt werden.

Herr König erläutert, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Hochsauerlandkreis und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW an der Aufstellung eines Radwegekonzeptes arbeite und auch plane, Fördermittel zu beantragen. Er schlägt vor, das Thema Radwege für die nächste Sitzung des Technischen Ausschusses im Rahmen einer Vorlage aufzuarbeiten.

Herr Franke als Vorsitzender des Technischen Ausschusses schlägt vor, dieses Thema als separaten Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses aufzunehmen.